

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Amts- und Anzeigebblatt“ u. der Summe. Verlags-„Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insektionspreis: die kleinformatige Seite 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

N. 4.

54. Jahrgang.

Dienstag, den 8. Januar

1907.

Unter Aufhebung der Bekanntmachungen der königlichen Amtshauptmannschaft vom 13. März 1888 und 29. Mai 1900 wird nach Gehör des Bezirksausschusses folgendes angeordnet:

- 1) Zündhölzer sind in den Haushaltungen stets in geeigneten Behältnissen und so aufzubewahren, daß Kinder nicht dazu gelangen können.
- 2) Zündhölzer, Zündschnuren sowie Feuerwerkskörper aller Art dürfen an Kinder unter 12 Jahren nicht verkauft oder sonst überlassen werden.
- 3) Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden, soweit nicht reichs- oder landesgesetzliche Strafbestimmungen Platz greifen, mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**

1074 B.

am 2. Januar 1907.

### Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle.

Die hier aufgeführten Militärpflichtigen, die  
a. im Jahre 1887 geboren oder  
b. in den Vorjahren juristisch festgestellt worden sind,

werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb der Zeit  
**vom 15. Januar bis zum 1. Februar 1907**

in der hiesigen **Matsregistrierung zur Rekrutierungsstammrolle anzumelden.**

Die Militärpflichtigen aus früheren Jahrgängen haben ihren Lösungsschein, die im Jahre 1887 **anderrwärts geborenen Militärpflichtigen das Geburtszeugnis** mit zur Stelle zu bringen.

Sind Militärpflichtige, welche sich zur Stammrolle anzumelden haben, zeitweilig von hier abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdiener u. s. w.), so hat die Anmeldung durch die betreffenden Eltern, Vormünder, Lehrer oder Fabrikherren zu erfolgen.

Diejenigen, welche die vorgeschriebene Anmeldung unterlassen, werden mit Geld bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

**Stadttrat Eibenstock, den 5. Januar 1907.**

Hesse.

Müller.

### Fortbildungskurse für die in gewerblichen Betrieben tätige Jugend.

Auf Anregung des kgl. Ministeriums des Innern ist in Aussicht genommen, für die in gewerblichen Betrieben tätigen jungen Männer hier selbst, Fortbildungskurse einzurichten, sofern eine genügende Beteiligung nachgewiesen wird.

Die Kurse würden die in den gewerblichen Fachschulen erlangte Ausbildung möglichst erweitern und auf die verschiedenen Berufszweige eingehendste Rücksicht nehmen.

Der Beitrag würde **sehr gering** angesetzt werden.

Wir machen junge Männer, welche ein Gewerbe betreiben, auf die geplante Einrichtung einer weiteren Bildungsgelegenheit für sie aufmerksam, ersuchen insbesondere auch die Innungsmitglieder und alle anderen in Frage kommenden Arbeitgeber, ihre Gesellen und Gehilfen von den beabsichtigten Kursen zu unterrichten und sehen bis **15. Januar 1907** der **Erklärung über die Beteiligung an den Kursen** entgegen.

Eibenstock, den 3. Januar 1907.

**Der Stadttrat.**

Hesse.

Müller.

### Wahlkundgebung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu Händen des Herrn Generalleutnant v. Liebert nachfolgendes Schreiben gerichtet:  
Berlin, Silvester 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch eine aufklärende Kundgebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und bitte, für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt vorand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstage: Die bürgerliche Linke in drei, vier Gruppen gespalten; die Rechte einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die Liberalen zusammen; in der Mitte die stärkste Partei, das Zentrum, schon damals nahezu in ständiger, entweder nebst Polen, Welsen usw. mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von 1903, nicht.

Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, bestritte ich. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verklärung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgestaltigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht unbedingt empfunden. Ihn zu ändern, hatte ich solange keinen Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den Verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei dringend nötige Forderungen: die Eisenbahn-Reetmanshoop, die Entschädigung der Farmer, die Errichtung eines Kolonialamtes durch eine von Zentrum und Sozialdemokratie geführte Oppositionsmehrheit verworfen. Damals konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen. Aber es reifte in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Machtpöben bei ersten und wichtigen Angelegenheiten des Reiches mit aller Kraft entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien schien mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinären Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgertums und der steigende Widerwill gegen das sozialdemokratische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Aenderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die veräußert worden sind, nachzurechnen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer

Doktrinarismus, Uebertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an den mehrheitlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortwährende Ueberwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein. Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewusstem Vorgehen im Wahlkampf sozial Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unwürdevolles Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortwährendem Aufschwung erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die Nationalliberalen sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung handelte, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Befriedigung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialbesitz, für Meer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden sich auch die nationalgesinnten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen Fragen leichter zusammenfinden, wenn mit dem Wegfall der Möglichkeit einer schwarz-roten Majorität der Fraktionsegoismus des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedenklächste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blockes bedienen konnte, war die Bedeutung, die dadurch die Sozialdemokratie selbst im verflochtenen Reichstag erlangte. Da bietet sich ein weiteres höchwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Ueberzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsströmungen kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wildgewordenen Spießbürger und phrasentrunknen Gleichmacher Robespierre folgte der Regen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die deutsche Waffenehre und unser Ansehen vor der Welt berührte, und unmittelbar nach der freimütigen Aussprache über unerträgliche Einmischungen in den inneren Kolonialdingen eigenwillig den Verbündeten Regierungen eine unannehmbare Klausel aufzudrängen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einen sachgemäßen freisinnigen Antrag niederstimmte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 13. Dezember war ein Schlag gegen die Verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Begriffen als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen. Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechtweg Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Gesehenehmen, besteht doch die stärkste Partei im Reichstage ausschließlich aus Katholiken. Für Wahrheit, Freiheit und Recht steht im Programm des Zentrums. Ist es aber wahr, wenn es in dem Aufbruch der rheinischen Zentrumsparität heißt, im Hintergrund laute ein neuer Kulturkampf? Im paritätischen Deutschland laute es der katholischen Kirche wohlher als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter der Verbündeten Regierungen denkt daran, die Parität aufzuheben, die Gewissensfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutze politischer Fraktionsinteressen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich freimachen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals eintrugen: **Der Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welsen und Zentrum.** Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren blinden Uebermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwicklung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichskanzler

Bülow

An den Vorständen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Berlin.





